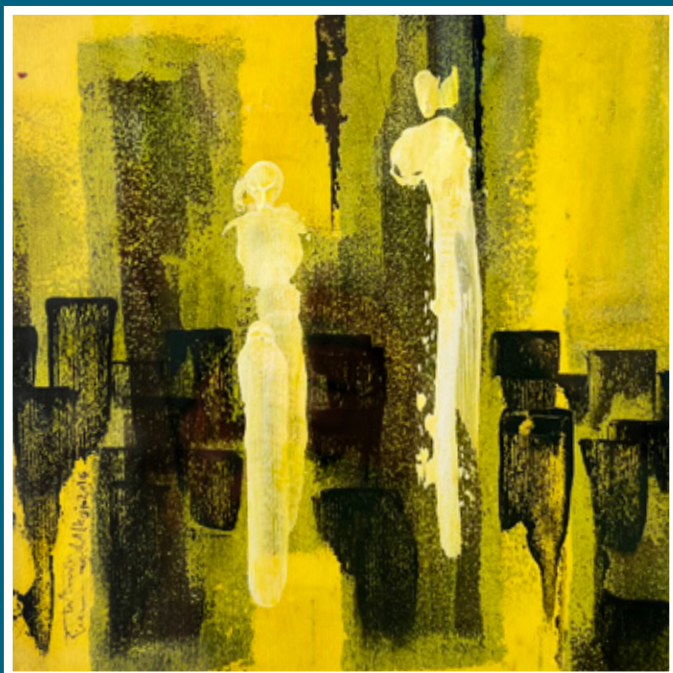


Rechenschaft von der Hoffnung, die in uns ist



Bericht der Landesbischöfin
bei der Frühjahrstagung der
Landessynode im April 2024

Rechenschaft von der Hoffnung, die in uns ist¹

2

Im Predigttext vom vergangenen Sonntag wurden wir nochmal an die Jahreslosung vom vergangenen Jahr und an die erleichternde Erkenntnis der gedemütigten Hagar erinnert. Nach Verletzung und Kränkung, nach der Flucht in die Wüste und nach verzweifelten Wegen ohne Ziel, begegnet ihr der Engel Gottes und erinnert sie an den Segen, der über dem werdenden Leben in ihr liegt. Er erinnert sie an das Potential dessen, was wächst. Das ändert Hagars Blick von der Verzweiflung hin zur Erkenntnis: „Du bist ein Gott, der mich sieht.“ Für sie ist das künftig der Name Gottes: einer, der mich ansieht.

Die Themen, die in meinem diesjährigen Bericht zur Lage zur Sprache kommen, haben viel zu tun mit dem unverstellten Blick auf Leid, das Menschen erfahren haben. Gerne teile ich mit Ihnen und Euch in meinem Bericht zur Lage, was es zu sehen gab und gibt und wo wir aus meiner Sicht in diesen Monaten besonders hinsehen müssen.

1. Hinsehen - auf alle Seiten mit zerrissenem Herzen: die Situation im Nahen Osten

Die beiden Bilder, die Sie auf dem Bericht sehen, habe ich vor zwei Jahren in einer kleinen Galerie in der Jerusalemer Altstadt erworben – auf zwei unterschiedlichen Reisen im Abstand von neun Monaten, mit sehr unterschiedlicher Gestimmtheit.

Beide Bilder stammen von einer mir unbekanntem Künstlerin aus dem Gaza-Streifen. Der Zettel mit ihrem Namen ist mir abhanden gekommen und ich frage mich in diesen Tagen oft, ob sie wohl noch lebt. Beide Bilder hängen in meinem Büro.



Beim oberen hat mich vor allem der tiefe Riss angesprochen, der die schwarze Fläche teilt. Er hat mich seinerzeit an Risse und Brüche erinnert, die mir das Herz schwer gemacht haben in der Zeit, als ich das Bild kaufte. Monate später hatte sich mein Blick verändert, meine Stimmung auch und passend dazu gab es in derselben Galerie das zweite Bild. Heller und mit zwei deutlich erkennbaren Gestalten, einander zugewandt und miteinander unterwegs. Für mich ist das Entscheidende der Weg, der zwischen diesen beiden Bildern liegt – von Schmerz und Rissen hin zu einem neuen Miteinander.

Seit dem 7. Oktober des letzten Jahres ist ein friedliches Miteinander in Israel und Palästina ferner denn je gerückt. Nach den unsäglich Massakern der Hamas am 7. und 8. Oktober in Israel, dem nun schon fast ein halbes Jahr andauernden Krieg in der Region und der humanitären Katastrophe im Gaza-Streifen, angesichts der immer noch von der Hamas festgehaltenen Geiseln und der immer wieder neu eskalierenden Gewalt auch im Westjordanland, steigt die Ratlosigkeit, wie hier Frieden werden soll.

¹ Der Monatsspruch für den April lautet: „*Seid stets bereit, jedem Rede und Antwort zu stehen, der von euch Rechenschaft fordert über die Hoffnung, die euch erfüllt.*“ (1. Petr. 3,15)



Die Lage hat am vergangenen Wochenende in der Nacht auf den 14. April eine weitere Eskalation erfahren. Der Abzug der israelischen Truppen aus dem südlichen Gaza-Streifen von letzter Woche schien ein erster Schritt zu sein, dass zumindest hier die Waffen schweigen würden.

Am Abend des 13. April habe ich aber wie viele andere entsetzt die Nachrichten vom iranischen Drohnenangriff auf Israel gehört. Er hat in einem unsäglichen und verabscheuungswürdigen Ausmaß Angst und Schrecken verbreitet – bei den Menschen in den Bunkern und Schutzräumen in Israel, aber auch bei den jüdischen Geschwistern in unserem Land, die in großer Sorge um ihre Angehörigen sind. Ich habe wie sicher viele hier in der Nacht Kontakt aufgenommen mit den Menschen in Israel und Palästina, mit denen wir verbunden sind: mit Pfarrerin Sally Azar in Jerusalem, mit Propst Joachim Lenz und hier bei uns mit Rami Suliman.

Die Angst und die Fassungslosigkeit über ein solches Bedrohungsszenarios sitzt denen, die davon unmittelbar betroffen sind, in den Gliedern.

Susanne Ziegler, eine badische Lehrerin, die derzeit in der Schule Talitha Kumi in Beit Jala arbeitet, schrieb am Sonntag morgen:

„Es gab in der Nacht Luftalarm und da wir keinen Shelter haben, war es bedrohlich. Wir hoffen, dass es nicht weiter eskaliert.“

Diese Hoffnung teilen wir. Es ist unerträglich, dass wenige Stunden nach dem Angriff die Hamas den Raketen- und Drohnenangriff des Iran auf Israel gepriesen hat.

Die Reaktion Israels steht noch aus, die Beratungen des Kriegskabinetts dauern an. Angesichts der Bedrohungslage ist das Schweigen der Waffen weit in die Ferne gerückt, das Dröhnen der Kriegsmaschinerie hat kein Ende.

Neben allen politischen Bemühungen müssen gerade jetzt die Stimmen derer, die für die Opfer auf allen Seiten beten, gestärkt werden.

Dass jüdische Gemeinden in Deutschland seit Anfang Oktober noch größeren Gefahren ausgesetzt sind, dass antisemitische Parolen auf unseren Straßen wieder laut werden, dass jüdische Jugendliche sich nicht mehr trauen, Kippa und Davidstern sichtbar zu tragen – all das ist unerträglich. Ebenso hören wir mit Sorge von wachsender Muslimfeindlichkeit und einem Generalverdacht gegen muslimische Menschen, die selbst als hier geborene deutsche Staatsbürger*innen den kritischen Rückfragen begegnen, ob sie wohl auf dem Boden des Grundgesetzes stehen. Diese Saat von Hass und Misstrauen darf nicht aufgehen.

Wir stehen an der Seite der jüdischen Gemeinden und ich bin sehr dankbar, dass Rami Suliman als Vorsitzender der Israelitischen Religionsgemeinschaft in Baden heute hier auf der Landessynode zu uns gesprochen hat. Für das große Vertrauensverhältnis und die Nähe zwischen der israelitischen

Religionsgemeinschaft und der Evangelischen Landeskirche in Baden bin ich Dir, lieber Rami Suliman, sehr dankbar.

Im Dezember gab es erstmals ein Gespräch in ökumenischer Verbundenheit, an dem in Pforzheim in der jüdischen Gemeinde Landesrabbiner Moshe Flomenmann, Erzbischof Stephan Burger, Rami Suliman und ich teilgenommen haben. Als sichtbares Zeichen dieser engen badischen Verbundenheit – sowohl im Blick auf die evangelisch-katholische Ökumene, als auch im Blick auf das Miteinander mit den jüdischen Gemeinden – ist ein gemeinsamer Gruß zu Pessach und Ostern entstanden, der an die evangelischen, katholischen und jüdischen Gemeinden verschickt wurde.

Auch mit den Geschwistern in der evangelisch-lutherischen Kirche in Jordanien und im Heiligen Land stehen wir im engen Kontakt. Die Weihnachtskrippe mit Jesus unter den Trümmern aus der Weihnachtikirche in Bethlehem kam in meiner Weihnachtsbotschaft vor. Wir haben als Landeskirche außerdem die diakonische Arbeit vor Ort für akute familiäre Notlagen finanziell unterstützt.

In einem Brief an die Außenministerin habe ich mich für einen Waffenstillstand und die Wiederaufnahme der Unterstützung des UN-Palästinenserhilfswerks UNRWA stark gemacht. Seither hat sich die Lage weiter dramatisch verschlechtert. Das Leid der Kinder und der Zivilbevölkerung im Gaza-Streifen schreit zum Himmel. Es braucht dringend einen sofortigen und dauerhaften Waffenstillstand und die Ermöglichung von Hilfslieferungen auch auf dem Landweg.

2. Sehen auf das, was verbindet: Bündnis für Demokratie und Menschenrechte

Der Ton wird rauer an den Rathaustischen, in den Parlamenten und bei dem, was uns allen tagtäglich in die E-Mailfächer rauscht – auch in den kirchlichen Debatten. Die demokratischen Kräfte und das parlamentarische Gleichgewicht geraten in Europa immer mehr unter Druck. Ende Januar haben wir uns als Landeskirche an der Gründung eines breit aufgestellten zivilgesellschaftlichen Bündnisses für Demokratie und Menschenrechte beteiligt. Dem Bündnis gehören inzwischen mehr als 100 Organisationen an. Im engen Schulterschluss aus den vier Kirchen in Baden und Württemberg, aus Religionsgemeinschaften, Gewerkschaften, Verbänden, Vereinen, Initiativen, Unternehmen, Parteien sowie lokalen Initiativen und Vereinigungen schmieden wir landesweit und vor Ort breite demokratische Bündnisse und stehen auf gegen Rechtsextremismus.

Bei der Gründungsversammlung war ich gemeinsam mit unserer Beauftragten bei Landtag und Landesregierung dabei, zusammen mit Diözesanadministrator Stropfel für die Diözese Rottenburg-Stuttgart und Rami Suliman für die Israelitische Religionsgemeinschaft in Baden. Auch im Lenkungsausschuss, der über die Aktionen des Bündnisses berät, sind die Kirchen vertreten.

Ziel ist es, als Bündnis aller Demokratinnen und Demokraten die Kräfte zu bündeln, um die Grundwerte der Demokratie zu verteidigen und gemeinsam einzutreten gegen jegliche Form von Extremismus, Antisemitismus, Islamfeindlichkeit und Menschenfeindlichkeit. Im 75. Jahr der Verabschiedung des Grundgesetzes stehen wir gemeinsam dafür ein, unsere Verfassung gegen die zu verteidigen, die ihre Grundwerte mit Füßen treten.

Wir stehen unmissverständlich dafür ein, dass Hass und Hetze, rechtsextremistisches Gedankengut und menschenverachtende Reden keine Chance haben. Dafür stehen wir aus ganzer Überzeugung mit den zivilgesellschaftlichen Partnern zusammen, die Kräfte des breiten demokratischen politischen Spektrums bündeln und denen eine klare Absage erteilen, die sich als eine Alternative zu alledem verstehen und auf üble Weise gegen unsere Demokratie zündeln.

Gemeinsam mit Erzbischof Stephan Burger habe ich am 19. Januar erklärt:

„Wir stehen ein für eine demokratische Gesellschaft und für die unverlierbare Würde jedes Menschen. Wer diese Würde mit Füßen tritt und sich von Rassismus und Menschenverachtung leiten lässt, verlässt den Boden unserer Demokratie. Mit rechtsradikalen und populistischen Gruppen mit einem demokratie- und menschenverachtenden Programm ist eine Zusammenarbeit nicht möglich. Wir stehen als evangelische und katholische Christen zusammen gegen die rechtsextremistische Spaltung unserer Gesellschaft und für ein breites Bündnis für Demokratie und Menschenrechte.“

Entscheidend ist die Haltung. Menschenverachtende Phantasien, die unter dem Etikett „Remigration“ die Multikulturalität unserer Gesellschaft in Frage stellen, dürfen bei uns keinen Nährboden haben. In der Bandbreite der Motivlagen, aus denen heraus Menschen geneigt sind, die AfD zu wählen, müssen wir alles daran setzen, diese für die demokratische Mitte zurückzugewinnen und dabei niemanden verloren zu geben.

Ich halte es für eine weise Entscheidung der Landessynode, dass sich das Leitungs- und Wahlgesetz im Blick auf die Wahlberechtigung und damit auf

die Wählbarkeit für kirchliche Ämter an der Haltung und nicht am Parteibuch orientiert.

Nicht wählbar ist demnach (LWG §3a, Abs. 3, 3+4), wer sich kirchenfeindlich äußert oder betätigt und wer „diskriminierende, die Menschenwürde verletzende Äußerungen tätigt“.

Mit Blick auf die Kommunal- und Europawahlen rufen wir alle dazu auf, ihr Kreuz im demokratischen Spektrum zu setzen. Unsere Demokratie lebt davon, dass über alle politischen Dissense und Unterschiedlichkeiten hinweg das klare Bekenntnis zu Menschenwürde und gesellschaftlicher Vielfalt das Fundament des politischen und gesellschaftlichen Miteinanders bildet.

Vor ziemlich genau 75 Jahren trat das Grundgesetz in Kraft. Seither stehen wir gemeinsam auf dem Boden der Grundartikel. Es bleibt auch für uns als christliche Kirche ureigene Aufgabe, für die Unantastbarkeit der Würde des Menschen einzutreten – unabhängig von Leistung und Gesundheit, unabhängig von Geschlecht, Religion, Nationalität und Weltanschauung. In Christus ist diese besondere Kraft verankert, der Samaritanerin am Brunnen die gleiche Würde zu schenken wie dem sinkenden Petrus.

3. Hinsehen - auf in Frage gestellte Annahmen, neue und nicht so neue Erkenntnisse: Die 6. Kirchenmitgliedschaftsuntersuchung (KMU VI)

Erstmals wurden bei der jüngsten Kirchenmitgliedschaftsuntersuchung nicht nur Kirchenmitglieder befragt. Vielmehr wurden in einer repräsentativen Umfrage zwischen Oktober und Dezember 2022 5282 Menschen in 592 Einzelfragen nach ihrer Haltung zu Religion und Kirche gefragt. Diese Studie liefert wie alle empirischen Studien nur eine Erhebung von dem, was empirisch „wahr“ ist – und auch das richtet sich nach dem, wonach gefragt wurde. Aus den Studienergebnissen, die bisher erst in einem schmalen Band vorliegen, lassen sich keine direkten Ableitungen machen. Dennoch sind für unsere Wege in die Zukunft normative Entscheidungen nötig. Dafür lassen sich in der KMU VI durchaus Ansatzpunkte finden.

Die mediale Resonanz macht sich nicht nur bei dieser Studie primär an Zahlen fest. Dabei ist es eine Binsenweisheit, dass auch diese interpretationsbedürftig sind. 23% der deutschen Bevölkerung sind evangelische Christ*innen – fast ein Viertel, 25% sind katholisch – genau ein Viertel, 43% sind konfessionslos. 2% gehören zu sogenannten „anderen autochthonen christlichen Gemeinschaften“ (damit sind v.a. Freikirchen gemeint), ebenfalls 2% gehören zu „postmigrantischen christlichen Gemeinschaften“ (gemeint sind v.a. orthodoxe Kirchen) und nur 5% nicht-christlichen Religionsgemeinschaften, vor allem Islam. Meist werden diese Zahlen mit dem alarmierenden Ton präsentiert oder in Interviews danach gefragt, dass erstmals weniger als 50% der deutschen Gesellschaft zu einer der großen christlichen Kirchen gehören. So richtig es ist, dass wir uns im Blick auf die Mitgliedszahlen in einem Abwärtstrend bewegen, so klar ist auch: knapp 50% - das

bedeutet fast jeder zweite Mensch in Deutschland ist Christin oder Christ.

Allerdings haben im Herbst 2022 zwei Drittel aller Evangelischen angegeben, zum Kirchenaustritt zu tendieren. Verbunden mit der Erkenntnis, dass Evangelische sich vor allem aus Gleichgültigkeit für einen Kirchenaustritt entscheiden, liegt in dieser Zahl durchaus motivierendes Potential. Wir werden gewiss nicht den Trend umkehren können, aber wir können und müssen den Blick schärfen, wo wir wirksam sein können.

Wer zum Austritt tendiert, ist noch nicht ausgetreten. Wer gewinnende und glaubwürdige Gesichter von Kirche erlebt – in der direkten Begegnung, in den digitalen Öffentlichkeiten, in den Medien -, wer erlebt, dass die Kinder und Enkel in der KiTa, Religions- und im Konfi-Unterricht neue Horizonte für den Glauben und das Leben entdecken und gestärkt werden in ihrer Persönlichkeit, der folgt der Austrittsneigung vermutlich weniger konsequent.

Dies zeigt auch nachdrücklich die Ende Februar erschienene Studie „Jugend zählt 2“. Trotz aller Einbrüche und Krisen, die die Einschränkungen der Corona-Pandemie für die Kinder- und Jugendarbeit mit sich gebracht haben, zeigt sich: „Die Arbeit mit Kindern und Jugendlichen (...) ist (...) weiterhin vital.“ (S. 367). Die Erhebung zeigt auch sehr deutlich: „Die jungen Erwachsenen, die im kirchlichen Bereich als besonders schwer erreichbar gelten und unter denen die Kirchenaustrittsneigung besonders hoch ist, stellen unter den Mitarbeitenden der evangelischen Kinder- und Jugendarbeit [...] die zentrale Altersgruppe dar, deren Anteil in den letzten Jahren deutlich gestiegen ist. [...] Der Rückschluss liegt nahe: Die Identifikation der Mitarbeitenden mit ihrem Engagement hat ihre Wurzeln in positiven (biografischen) Erfahrungen in diesem Arbeitsfeld, und die Engagierten ermöglichen

durch ihre Mitarbeit jüngerer Teilnehmenden ebenso positive Erfahrungen.“ (S. 368)²

Mit Blick auf die Frage, warum Menschen in der Kirche bleiben, hat die KMU VI außerdem gezeigt, dass der Einsatz der Kirche für Gerechtigkeit in der Welt und für die Zukunft der Menschheit ebenso wie der soziale Einsatz für Arme, Kranke und Bedürftige wesentliche Gründe sind, warum ein erheblicher Teil der Kirchenmitglieder in der Kirche ist und bleibt. Kirche und Diakonie sind ohne einander nicht zu denken.

Gefragt danach, was sie dazu bewegen würde, in der Kirche zu bleiben, haben 66% der Befragten angegeben, dass eine radikale Reform der Kirche ein wesentlicher Grund wäre, nicht aus der Kirche auszutreten.

Von einer Minderheitenkirche sind wir im Südwesten noch weit entfernt. Dennoch zielen unsere Transformationsprozesse darauf, uns so aufzustellen, dass wir auch in einer Situation mit weniger Mitgliedern oder gar in einer Minderheitensituation nicht minder strahlkräftig und glaubwürdig das Evangelium unter die Leute bringen und Menschen in Kontakt mit der befreienden Botschaft von Gottes Gnade und mit der Kirche zu bringen.

Für das kommende Jahr ist die Veröffentlichung umfangreicher regionaler Erhebungen angekündigt. Das wird, so hoffe ich, ein guter Referenzrahmen für die konkreten Fragen von Kirchenentwicklung auch für unsere Landeskirche sein und Impulse dafür geben, wie wir Kirche strategisch weiterentwickeln.

² W. Ilg et al. (Hg.), Jugend zählt 2. Einblicke und Perspektiven aus der Statistik 2022 zur Arbeit mit Kindern und Jugendlichen in den Evangelischen Landeskirchen Baden und Württemberg und ihrer Diakonie, Stuttgart 2024.

Kostenfreies Pdf des gesamten Buches unter: https://www.jugend-zaehlt.de/wp-content/uploads/2024/02/jugend-zaehlt-2_9783866873759.pdf

Dass Religion und Kirchen nicht mehr selbstverständlich sind, liegt spätestens seit der KMU VI offenkundig auf der Hand. Dem müssen wir sehr selbstkritisch und realistisch ins Auge sehen und immer wieder danach fragen, wo wir geleitet sind von einem Bild von Kirche, das auf Selbstverständlichkeiten fußt, die so nicht mehr von vielen geteilt werden. Ein Zeichen des Verfalls ist das in meinen Augen jedoch nicht. Der christliche Glaube war noch nie selbstverständlich. Sowohl in der Bibel als auch in anderen Gegenden dieser Welt leben Christ*innen unter ganz anderen Bedingungen als wir hier – und dennoch kraft- und hoffnungsvoll. Im kommenden Juni werde ich mit den Dekan*innen und Schuldekan*innen nach Siebenbürgen reisen. Die dortige evangelische Kirche besteht noch aus insgesamt 10 000 Mitgliedern – von ehemals 300 000 nach dem Zweiten Weltkrieg. Dennoch geschieht auch dort wirkungsvolle sozialdiakonische Arbeit, kraftvolle Verkündigung und die zahlreichen Kirchenburgen bieten Menschen, die aus Neugier oder aus spiritueller Sehnsucht kommen, offene Räume des Gebets und der Begegnung mit Gott.

Eine weitere Erkenntnis der KMU VI, die für mich eher überraschend war, liegt darin, dass gerade von denen, die der Kirche ferner gegenüber stehen, das öffentliche und orientierende Wort der Kirchen gefragt ist: als wichtige Stimme in der gesellschaftlichen Debatte, als Stimme für die, die selbst nicht immer Gehör finden, als Stimme, die eintritt für den Schutz der Schwachen.

Auf überzeugende Begegnungen kommt es an, mehr denn je. Punktuell, in wichtigen Lebensphasen oder auch an wichtigen Lebensstationen. KiTa und Konfi-Unterricht, Religionsunterricht und Jugendarbeit, die persönliche Begegnung bei Kasualien und in der Seelsorge, ob am Telefon oder in der Klinik, im Pflegeheim oder an der Hochschule. Die Nähe und verlässliche Erreichbarkeit ist eine Stärke

der christlichen Gemeinschaft. Wie wir diese Nähe auch unter den Bedingungen von weniger hauptamtlichem Personal überzeugend leben und gestalten können, so dass es die, die die kirchlichen Berufe ausüben, nicht ausbrennt, das muss und das wird uns weiter intensiv beschäftigen.

Aus der großen Zahl von Rückmeldungen zur Trauerfeier für Wolfgang Schäuble ist mir einmal mehr deutlich geworden: auch in unseren klassischen Formen stecken eine Weisheit und Kraft, die Menschen von heute trösten und orientieren kann, wenn sie getragen sind von einer Gemeinschaft, die das zu feiern versteht und wenn sie sich nicht scheut, das Höchstpersönliche mit dem Geistlichen zu verbinden. Das ist nun wahrlich keine neue Erkenntnis. Aber welche Welle eine in keinem Punkt anders als sonst gestaltete badische Trauerfeier auslösen kann – das hat mich ermutigt.

Die Kirchenmitgliedschaftsuntersuchung hilft zu beidem: zum nüchternen Blick raus aus der Kirchenbubble und zum gelassenen Blick auf das, was uns trägt und was Menschen sich wohl auch künftig von Kirche erwarten: das immer wieder neu mit dem Anfang Anfangen, von dem der Theologe Karl Barth schon Anfang des 20. Jahrhunderts sprach.

Unsere soziale Reichweite geht über die Kirche hinaus. Machen wir die sozialen Netze, in denen wir verwoben sind, stark und geben dort die Liebe weiter, die Christus uns schenkt.

4. Risse, Wunden und die Notwendigkeit, genau hinzusehen: Die ForuM-Studie und die Folgen

Bei der Herbstsynode und der Präsentation der Einzelfallstudie aus dem Bereich der badischen Landeskirche stand uns exemplarisch das Dickicht, das mit sexualisierter Gewalt verbunden ist, deutlich vor Augen und wir hatten bereits intensive Gespräche. Schon bei der Frühjahrssynode vor einem Jahr habe ich vor dem Hintergrund der seinerzeit gerade in der Erzdiözese Freiburg veröffentlichten Studie deutlich gemacht, dass es zu evangelischer Selbstgerechtigkeit keinen Grund gibt. Das hat manche irritiert, andere fragten sich im Herbst gar, ob es denn richtig ist, dass wir diesem Thema von uns aus so viel Raum geben. Ich sage hier und heute sehr deutlich: so lange es in unserer Kirche Betroffene von sexualisierter Gewalt gibt und so lange wir anerkennen müssen, dass wir nicht nur Vergangenes aufzuarbeiten haben, sondern auch auf gegenwärtige Vorfälle entschieden reagieren müssen, so lange wird uns dieses Thema und noch viel mehr die Menschen, die darunter leiden, begleiten.

Übrigens gehört zu den Ergebnissen der KMU VI auch, dass von den Menschen, die einen Austritt aus der evangelischen Kirche erwägen, ein Anteil von 77% angibt, dass sie dann Kirchenmitglied bleiben, wenn die Kirchen deutlicher ihre Schuld, die Fehler und Versäumnisse der Vergangenheit eingestehen.

Entscheidend beim Umgang mit sexualisierter Gewalt ist nun aber nicht, wie wir als Institution dastehen, ob wir gut oder schlecht dastehen oder etwa, wie wir da gut rauskommen.

Entscheidend ist, dass wir in der Art und Weise des Umgangs mit Betroffenen von sexualisierter Gewalt glaubwürdig und entschieden, sensibel

und selbstkritisch sind und uns von dem, was in der Ende Januar veröffentlichten ForuM-Studie vor Augen geführt wird, in Frage stellen lassen und nüchtern und schonungslos hinschauen. Hinschauen auf die Menschen, denen in unserer Kirche unsägliches Leid zugefügt wurde und, so müssen wir annehmen, auch immer noch zugefügt wird. Hinschauen auf die Strukturen auf allen Ebenen, die es ermöglicht haben, dass sexualisierte Gewalt geschehen ist und geschieht, dass es für Betroffene schwer ist, sich zu melden und dass Beschuldigte und Täter zu lange unbescholten Grenzen verletzen und die Würde von ihnen anvertrauten Menschen mit Füßen treten.

In die ForuM-Studie sind die Erfahrungen von Betroffenen in großem Maß eingeflossen, sowohl als Interviewte als auch als Co-Forschende. Darin liegt ihre große Stärke.

Nach der Veröffentlichung der Studie und durch die Art und Weise der Gestaltung der Präsentation hat sich das mediale und auch das innerkirchliche Interesse vor allem auf die Frage nach den Akten fokussiert. Dass es hier kritische Rückfragen zum sich verändernden Forschungsdesign gab, dass es am Anfang der Studie zwischen den Landeskirchen, die umfangreiche Fragebögen auszufüllen hatten, schwerfällige Abstimmungsprozesse gab und dass nicht zuletzt die Aktenführung in den unterschiedlichen Landeskirchen sehr unterschiedlich ist – all das ist zu betrachten. In unserer Landeskirche wurden die Fragebögen in großer Gründlichkeit bearbeitet. Aus unterschiedlichen Arten von Akten wurden dafür Informationen zusammengetragen, so dass wir nun im Archiv sogenannte „Fallakten“ haben, die das aus verschiedenen Akten zu erhebende Wissen zusammentragen. Da, wo es Disziplinarverfahren gab, gibt es Disziplinarakten. In diesen Fällen findet sich auf der Personalakte ein Vermerk, dass ein „Sonderheft“ existiert. Das, was aus den Akten zu erheben ist,

wird auch künftig zugänglich sein für Forschung, daran besteht kein Zweifel.

Ich möchte aber auch sehr deutlich sagen: die Vorstellung, dass das Aktenstudium ein vollständiges Bild von dem ergeben könnte, was es an sexualisierter Gewalt in unserer Landeskirche gibt, ist eine Illusion. Vieles liegt aus ganz unterschiedlichen Gründen im Dunkelfeld.

So klar es ist, dass der ungehinderte Blick für die Forschung gewährleistet sein muss, so klar ist auch: entscheidend für das Hinschauen und Verstehen, was sich in dem Dickicht verbirgt, ist es, den Betroffenen zuzuhören.

Für unseren Umgang mit dem Thema in den innerkirchlichen Debatten dürfen wir nicht der Verführung aufsitzen, nun eine „weiße Weste“ behalten zu wollen. Hase- und Igel-Spiele verkennen die Komplexität der Sache. Der Umgang mit sexualisierter Gewalt braucht einen radikal ehrlichen Blick, es braucht eine selbstkritische Aufarbeitung unserer Verfahren und des Tones, mit dem wir in Briefen mit Betroffenen kommunizieren. Es braucht mehr Sensibilität in der Sprache, mit der wir predigen und beten und die entschiedene und bewusste Abkehr gegen alle Versuche, Betroffene als die „Schwierigen“ und die „Störenfriede“ auszuschließen.

Die ForuM-Studie hatte es sich zum Ziel gesetzt, die spezifischen evangelischen Ermöglichungsbedingungen von sexualisierter Gewalt zu untersuchen.

Erstmals sind die Erfahrungen von Betroffenen weitgehend in einer Studie erfasst worden. Damit ist das eingelöst worden, was bei aller Aufarbeitung und bei all unseren Aktivitäten gilt: erst einmal zu hören und ernst zu nehmen, was Betroffene auch in unserer Kirche erlebt haben.

Das verbindet sich in der ForuM-Studie insbesondere mit den Stichworten „Verantwortungsdiffusion“ und „Harmoniezwang“. Die Bereitschaft, Verantwortung zu übernehmen und zugleich klare Verfahrenswege zu verfolgen, muss zusammengehen. Betroffene brauchen Unterschiedliches. Auf jeden Fall aber die Möglichkeit, sich im geschützten Rahmen anzuvertrauen – mit der begründeten Annahme, dass ihnen offene Ohren begegnen und nicht Skepsis. Dass nicht sie die Beweislast haben, sondern dass das, was sie melden, auch verfolgt wird.

Für die juristischen Verfahren braucht es gute Begleitung, mitunter anwaltliche Begleitung, für die wir im Sinne von Fürsorgeleistungen auch geradestehen. Das ist verbunden damit, dass wir immer wieder der Tatsache ins Auge sehen müssen, wie schwarz die Black Box unseres behördlichen Dickichts für Betroffene und andere Außenstehende ist. Verfahren müssen nicht nur klaren Zuständigkeiten folgen, sie müssen auch in ihren Abläufen transparent sein.

Mit dem Stichwort „Harmoniezwang“ ist verbunden, dass Betroffene auch in der Kirche erleben, dass sie als die Betroffenen am Ende ausgeschlossen werden. Weil sie das Schweigen gebrochen haben und den beliebten Diakon und den begeisternden Pfarrer angezeigt haben. Das sind eingespielte Kulturen, die sich nicht von einem Tag auf den anderen abstellen lassen. Aber wir müssen entschieden dorthin sehen, wo solcher Harmoniezwang uns vom entschiedenen und klaren Handeln abhält.

Auch über das Pfarrbild müssen wir anders nachdenken. Der in diesem Zusammenhang immer wieder verwandte Begriff der „Pastoralmacht“ ist hier aus meiner Sicht missverständlich. Das evangelische Pfarrbild ist doch weithin eher am nahen Kumpel als am distanzierten Amtsträger orientiert. Das geht dann häufig einher mit einem wenig reflektierten Umgang mit Macht.

Nicht nur in hierarchischen Konstellationen haben wir es mit Macht zu tun, sondern in jeder Form von Abhängigkeitsverhältnissen: in der Seelsorge und im Religionsunterricht, in der Jugendgruppe und in der Trauerbegleitung. Nur wenn wir den Faktor Macht, der hier als kommunikative Macht und als Beziehungsmacht auftaucht, nicht negieren, können wir verantwortlich mit ihr umgehen.

Im Blick auf die Dynamiken, die das Wegschauen begünstigen, müssen wir damit umgehen und uns dazu verhalten, dass in unserer überschaubaren Kirche viele einander kennen, oft schon lange Zeit. Wir müssen damit umgehen und uns dazu verhalten, dass es nicht selten die beliebten und erfolgreichen Amtsträger sind, die die Grenzen überschreiten.

Betroffene hingegen sind in der Regel nicht bekannt. Allzu oft erleben sie, dass erst einmal ihre Aussagen kritischer auf den Prüfstand gestellt werden als die der Beschuldigten.

Wohlgemerkt: im Rahmen eines Verfahrens müssen selbstverständlich alle Seiten gehört werden. Aber es braucht traumatherapeutische Kompetenz, es braucht eine Kultur des bewussten und sensiblen Hinhörens und an allen Stellen den selbstkritischen Blick dafür, wo wir in die Fallen von Harmoniezwang und Verantwortungsdiffusion tappen.

Wir brauchen einen Kulturwandel. Wir werden das Thema sexualisierte Gewalt nicht „abarbeiten“ können, aber wir müssen die Tiefendimensionen ernstnehmen und auf sehr unterschiedlichen Ebenen Aufarbeitung, Prävention und Intervention zusammendenken und die strukturellen Bedingungen dafür schaffen, dass das gelingen kann.

Schon das erste Betroffenenforum, das wir 2023 durchgeführt haben, haben wir als Landeskirche gemeinsam mit der Diakonie verantwortet. Die ForuM-Studie stellt uns auch für die nächsten

Schritte weitere gemeinsame Aufgaben und ich bin sehr froh, dass das Diakonische Werk Baden und die Landeskirche hier im engen Schulterschluss unterwegs sind.

Aufgrund der sehr unterschiedlichen Strukturen ist die Wahrnehmung der Verantwortung bei Diakonie und Kirche hier durchaus herausfordernd. Aber wir haben hier eine Aufgabe, die wir nur gemeinsam angehen können und wollen.

Jetzt, einige Wochen nach der Veröffentlichung, mehren sich die Stimmen, die Kirchen seien zu leise. Der Aufschrei wird vermisst.

Wir sind hier im Blick auf die Kommunikation in einer Grenzlage. Direkt nach Veröffentlichung der Studie, die zu diesem Zeitpunkt noch niemand gelesen haben konnte, waren allenthalben Bekundungen von Betroffenheit, mitunter auch überraschte Erschütterung zu lesen und zu hören – obwohl es zur Überraschung dann keinen Grund gab, wenn man in den letzten Jahren aufmerksam auf das gehört hat, was Betroffene und in der Thematik Engagierte längst immer wieder gesagt haben.

Ich meine: wir müssen entschiedener zuhören, behutsamer formulieren – und nicht pathetische Erklärungen abgeben, sondern konkrete Handlungsschritte gehen. Dazu gehört auch ein kritischer Blick auf unsere Theologie und darauf, wie wir theologisch reden und welche Grundhaltungen uns als Kirche tragen. Gelingt es uns beispielsweise, von Vergebung so zu sprechen, dass nicht Betroffene sich unter dem Zwang sehen, vergeben zu müssen – egal, ob der Täter Reue zeigt oder nicht? Müssen wir nicht wieder deutlicher von der Spannung zwischen Gottes Barmherzigkeit und Gottes Gerechtigkeit sprechen?

Die regionale Einzelfallstudie aus dem Bereich unserer Landeskirche hat gezeigt, dass spiritueller Missbrauch und sexualisierte Gewalt oft Hand in

Hand gehen und dass auch die Theologie – egal welcher Couleur – missbraucht werden kann, um sexualisierte Gewalt und den Missbrauch von Abhängigkeitsverhältnissen zu begünstigen. Es kann hier nicht darum gehen, bestimmte theologische Traditionen und Frömmigkeitsrichtungen zu brandmarken, aber wir müssen zur Kenntnis nehmen, dass und wie sexualisierte Gewalt im kirchlichen, evangelischen Kontext auch theologisch verbrämt wird.

Mit der Frage, welche konkreten Schritte aus der ForuM-Studie folgen müssen, befasst sich insbesondere das Beteiligungsforum auf EKD-Ebene. In diesem Gremium arbeiten Betroffene und leitend Verantwortliche aus Kirche und Diakonie zusammen, um beispielsweise gemeinsame Standards für Anerkennungsleistungen zu erarbeiten, aber auch verbindliche Standards für die Aufarbeitung und die Überarbeitung des Disziplinarrechts. Bei aller Pluralität der evangelischen Landeskirchen setzen wir uns auf EKD-Ebene dafür ein, dass es eine Einigung auf gemeinsame Standards geben muss – das gilt auch für die Erfassung von Vorfällen von sexualisierter Gewalt, für die Aktenführung und für die Standards in der Prävention und Intervention.

Für die Aufarbeitung in regionaler Hinsicht entstehen gerade EKD-weit unabhängige regionale Aufarbeitungskommissionen (kurz: URAK), die in Verbänden zusammenarbeiten. Die Basis dafür bildet die Gemeinsame Erklärung, die zwischen der EKD und der UBSKM (Unabhängige Beauftragte der Bundesregierung für Fragen des sexuellen Kindesmissbrauchs) im Dezember unterzeichnet wurde und ebenfalls von den Landeskirchen und der Diakonie unterzeichnet wurde. Wir arbeiten hier in enger Absprache zwischen den Landeskirchen im Süden zusammen und bilden für die URAK den Verbund Südwest, gemeinsam mit der Evang. Kirche und Diakonie der Pfalz.

Entscheidend ist die Unabhängigkeit der Kommission. Wir schaffen die Rahmenbedingungen, insbesondere die Einrichtung und Anstellung einer Geschäftsstelle. Erst wenn die Kommission vollständig ist – d.h. insbesondere wenn die Betroffenen, die mitarbeiten, gefunden sind und wenn die Landesregierung uns unabhängige Expert*innen genannt hat, wird die Kommission die Arbeit aufnehmen. Voraussichtlich wird das im kommenden Frühjahr so weit sein. Die Kommission wird unabhängig und nicht weisungsgebunden arbeiten, aber in enger Abstimmung mit der Landeskirche und der Diakonie. Diese ist nicht zuletzt dadurch gewährleistet, dass zwei Mitglieder aus der Leitungsebene der Landeskirche und Diakonie Mitglied der Kommission sein werden.

Zuletzt und vor allem: wir müssen die strukturellen Bedingungen für Prävention, Intervention und Aufarbeitung selbstkritisch unter die Lupe nehmen. Prävention und die flächendeckende Erarbeitung von Schutzkonzepten sind wesentlicher Bestandteil des Kulturwandels hin zu reflektierter Nähe, zu Aufmerksamkeit und einem Klima und einer Kultur, in der Täter gestoppt und Taten verhindert werden. Dafür braucht es auch die Ausstattung mit finanziellen und personellen Ressourcen, damit diese Aufgabe verantwortlich wahrgenommen werden kann.

Um der betroffenen Menschen und um unserer Glaubwürdigkeit als Kirche willen müssen wir alles daran setzen, dass Aufarbeitung, Prävention und Intervention gelingt.

5. Hinsehen auf das Neue: Aufbrüche und Innovation

Der Blick auf unsere eigenen Zukunftsprozesse steht bewusst am Schluss dieses Berichts. Nicht etwa, weil das, was da an Kraft und Energie, an Kreativität und mitunter auch Konfliktmanagement gefragt ist, gering zu achten wäre. Oder gar unter „ferner liefen“ läuft. Ganz im Gegenteil.

Das, was uns an Umbauten bevorsteht, was an Entscheidungen in den Bezirken erarbeitet und beschlossen ist, ist wesentlich dafür, dass wir die Rahmenbedingungen schaffen, um auch in den nächsten Jahren und Jahrzehnten verlässlich, strahlend und kraftvoll Kirche zu sein. Eine Kirche, in der Menschen getröstet werden und fröhlich feiern. Eine Kirche, die sich weder die Hoffnung noch die Butter vom Brot nehmen lässt. Aber eben auch eine Kirche, die bei allem, was uns an strukturellen Fragen beschäftigt, nicht vergisst, dass wir nicht um unserer selbst willen da sind.

Wir sind dafür da, dass die Hagars dieser Welt immer wieder die Botschaft hören von Gott, der uns sieht – jeden und jede von uns, mit dem Gelingenden und Schönen genauso wie mit dem Zerbrechlichen und den Mühen, mit unserem Zähneknirschen, der heiligen Ungeduld, mit Mut und mit Wut. Dafür braucht es uns – auch über 2032 hinaus.

Deswegen sind wir auf dem Weg. Mit dem Jahreswechsel sind wir an einer Etappe angekommen. Die Bezirke haben wesentliche Entscheidungen getroffen, Kooperationsräume sind gebildet – und ob das alles trägt und funktioniert, ob die Strukturen und die Regelungen einer kraftvollen und strahlenden Kirche dienen – das werden wir uns immer wieder fragen müssen. Und wir fragen es uns.

Vielleicht ist die größte Tugend, die wir in diesen Tagen brauchen, Geduld und der lange Atem dafür, bis alles neu oder wieder zurechtgerückt ist. Die Ehrlichkeit im Blick darauf, dass gelingende Dienstgruppen und Dienstgemeinschaft harte Arbeit ist – und nicht immer gelingt. Schon die Gemeinde in Korinth hat sich vor Konflikten zerrieben, auch wenn Paulus tat, was er konnte, dass sie das Eigentliche nicht aus den Augen verlieren. Auch in unseren Prozessen und in unserem Miteinander gibt es keinen Harmoniezwang!

Wir bleiben unterwegs in der Spannung, dass wir verlässliche Rahmen und Bedingungen dafür schaffen und bieten müssen, dass alles machbar bleibt – vor Ort und auch für die, die als unterstützende Verwaltung im EOK und in den Verwaltungs- und Serviceämtern die Beratungs- und Unterstützungsarbeit leisten können. Auch hier braucht es Mut zu verbindlichen Standards und die Bereitschaft, bunte Kreativität dort auszuüben, wo die Wiese weit und bunt ist, vermutlich aber nicht in Verwaltungsabläufen.

Zugleich besteht immer auch eine riskante Verführung darin, aus Sicherheit- und Strukturstreben Abläufe so starr zu regeln, dass vor lauter Zaun die Wiese nicht mehr blühen kann. Und dass Risse sich verhärten, anstatt mit neuem Faden zusammengeflickt zu werden. Vielleicht notdürftig und nicht perfekt, aber so, dass es wieder funktioniert und ein neues Ganzes entsteht.

Nicht ums Abarbeiten geht es, sondern um das Gestalten. Auch um das Gestalten von Frei- und Leerräumen. Es ist eine Illusion, dass wir innovative Aufbrüche und kreative neue Formen von Kirche entwickeln und daneben das, was immer schon überall und flächendeckend stattgefunden hat, mit weniger Personen aufrechterhalten können. Es bleibt die Aufgabe, aus dem, was wir haben, das Beste zu machen.

Dafür müssen wir unsere Strukturen anpassen und den immer wieder selbstkritischen Blick

wagen, welche Gremien wirklich der Beteiligung dienen, welche und wie viele Gottesdienste wirklich mit Lust und Liebe vorbereitet und gefeiert werden. Entscheidend ist, dass die Menschen, die sich mit dem Wunsch nach einer Kasualie an uns wenden, offene Türen finden und nicht die Frage, wer dafür denn nun wirklich zuständig ist.

Die Dinge, die wir tun, müssen wir gut und mit brennendem Herzen tun, mit Lebens- und Glaubensfreude, die ausstrahlt und ansteckt. Und wir brauchen die Gelassenheit, anderes getrost zu lassen.

Dafür brauchen wir auch weiterhin motivierte Diakon*innen und Pfarrer*innen, Kantor*innen – neben Verwaltungskräften, Ehrenamtlichen und denen, die einfach mal mit einer verrückten Idee vorbeischnellen. Im Gespräch mit Nachwuchswissenschaftler*innen auf einer Tagung, die die EKD verantwortet hat, war ich erschrocken darüber zu hören, in wie vielen Landeskirchen sie erleben, dass sie eigentlich als Stiefkinder behandelt werden, weil sie irgendwie nicht ins System zu passen scheinen. Und wiederum selbst keine Vorstellung davon haben, dass eine solide ausgebildete und sprachfähige Theologin den Königinnenplatz auf der Kanzel und bei der PopUp-Church auf der Straße hat. Auch das bleibt eine Daueraufgabe: Theologie und Kirche nie und nimmer gegeneinander auszuspielen, die Vielfalt von Wegen, die Menschen ins Pfarramt und in die anderen kirchlichen Berufe bringen, zu schätzen und zu pflegen – und ernst zu nehmen, dass wir uns auf einem hart umkämpften Markt an kompetenten Arbeitskräften befinden. Ich bin sehr froh, dass wir in der badischen Landeskirche lange eingespielt gute Beziehungen zur theologischen Fakultät haben und von Vertrauen geprägte Gespräche, dass wir mit der Evangelischen Hochschule in Freiburg eine Hochschule betreiben, in der junge Menschen für die vielfältigen Aufgaben im Sozialraum ausgebildet werden und so in den verschiedenen Berufen,

in die sie dann gehen, dafür stehen, dass Kirche mehr ist als die kirchlichen Orte im engeren Sinn. Dass mir sowohl die Lehrvikar*innen als auch die frisch beauftragten Diakon*innen sehr vehement gesagt haben, dass sie den Mehltau nicht ertragen, den sie in der Kirche wahrnehmen und dass sie schließlich diejenigen sind, die in der zukünftigen arbeiten, die wir gerade gestalten – das hat mich ermutigt und zugleich nachdenklich gemacht.

Nicht alles, was Tradition ist, muss weg – und nicht alles ist verheißungsvoll, nur weil es neu ist. Aber wir brauchen mehr Mut zu echten Innovationen. Nicht nur als Orchideen, sondern als aufblühende und sich ausbreitende Gänseblümchen, die nach und nach eine Wiese strahlend weiß machen. Als Organisation nehmen wir die Aufgabe wahr und ernst, den Ermöglichungsrahmen dafür zu bieten – nicht mehr und nicht weniger.

Wir können als Kirche deswegen Ermöglichungsraum sein, weil Gott uns ungeahnte Möglichkeiten eröffnet. Zum Leben, zum Glauben, zum Hoffen.

Dass das in unserer Landeskirche – wie überall – in einer Vielfalt an Frömmigkeitsformen geschieht, ist eine große Stärke.

Das Wirken des Heiligen Geistes entfaltet sich in unterschiedlichen Formen. Unsere Aufgabe ist es, den Raum für das Wirken offenzuhalten und mit seinem mitunter überraschenden Wirken zu rechnen. Dämpfen wir nicht den Geist – um es mit Martin Luther zu sagen – indem wir uns an alten Klischees abarbeiten – egal von welcher Seite. An unterschiedlichen Orten passt Unterschiedliches.

Aber überall sind wir gesandt, für etwas Größeres zu stehen. Auch eine starke lokale Gemeinde weist über sich hinaus und hat Verantwortung für die Nächsten jenseits der Gemeindegrenze und auch jenseits der Grenzen des Kooperationsraums. Und eine flippige PopUp-Church-Idee braucht die Basis der Gemeinde als Versammlung. Und alles geschieht in der Weite verschiedener Öffentlichkeiten.

Die Bilder und die Landkarten, auf denen wir unterwegs sind, sind groß. Und manchmal ist es wie mit dem Raum zwischen den beiden Bildern auf dem Bericht.

Da ist das Entscheidende, dass auch aus den Rissen neuer Aufbruch werden kann. Das Schwarz ist auch im zweiten Bild nicht weg. Aber es steht im Hintergrund. Es ist so in den Hintergrund gerückt wie der an jenem ersten Karfreitag zerrissene Vorhang im Tempel, in den Hintergrund gerückt wie die dunkle Höhle des Grabes, in dem sie Jesus am Ostermorgen nicht mehr gefunden haben.

Für unser Beraten und Leiten ist der Wochenspruch dieser Woche verheißungsvoll. Es ist mein Taufspruch, der mir 48 Jahre meines Lebens eigentlich nicht besonders viel gesagt hat. Aber im letzten Jahr, als ich ihn im Gottesdienst gehört habe, da hat er mich plötzlich erreicht.

„Christus spricht: Ich bin der gute Hirte. Meine Schafe hören meine Stimme, und ich kenne sie und sie folgen mir; und ich gebe ihnen das ewige Leben.“
(Joh 10,11a.27–28a)

Selbst wenn wir uns nicht mehr auskennen – Christus kennt uns, er sieht jeden und jede von uns und setzt uns auf die Spur.

Verschließen wir die Ohren nicht und die Augen auch nicht.

Am Ende wartet nicht die perfekte Kirche, sondern das ewige Leben.

